

Pressemitteilung

PM 13/ 9. Juni 2017

Appell an künftige Koalitionspartner und Landesregierung: **Die Verwendung von Pestiziden muss drastisch verringert werden**

Der „Runde Tisch Pestizide reduzieren“, ein Projekt der NaturFreunde Schleswig-Holstein, fordert die Parteien, die zur Zeit einen Koalitionsvertrag verhandeln, dringend auf, Maßnahmen zu einer drastischen Reduzierung der Verwendung von Pestiziden zu vereinbaren und diese verbindlich mit nachprüfbar Zielen für eine künftige Landesregierung festzuschreiben.

„Pestizide sind inzwischen allgegenwärtig und eine der größten Gefährdungen unserer natürlichen Umwelt“ stellt Dieter Neunmann, Landesvorsitzende der NaturFreunde, fest. „Pestizide gefährden unsere Gewässer, Böden und die Artenvielfalt und sie können Krankheiten verursachen. Eine verantwortliche Landesregierung muss Sofortmaßnahmen zur Verringerung der Verwendung von Pestiziden ergreifen.“

Mit einer Verringerung der Verwendung von Pestiziden soll nach Ansicht des „Runden Tisch“ dort sofort begonnen werden, wo ihre Anwendung nicht notwendig ist. Hierzu gehören alle kommunale Flächen und private Gärten. In der konventionellen Landwirtschaft ist ein völliger Verzicht noch nicht umsetzbar, daher sollen dort Sofortmaßnahmen zu einer deutlichen Verringerung unverzüglich eingeleitet und den Landwirten angeboten werden.

Konkret fordert der „Runde Tisch für eine Verringerung des Pestizideinsatzes“ klare Reduktionsziele für chemisch-synthetische Pflanzenbehandlungsmittel– wie viel bis wann - wie in Frankreich und Dänemark festzusetzen und dazu ein landesweites Kataster aufbauen. Landwirte sollen bei der Umstellung auf alternative Pflanzenschutzmaßnahmen finanziell unterstützt und beraten werden.

Das bestehende Verbot der Verwendung von Pestiziden auf Nichtkulturlächen müsse auf alle kommunalen Flächen, so auch auf Fläche mit gärtnerischer Nutzung wie Grünflächen und Friedhöfe sowie auf Privatgärten erweitert werden. So sei heute die Anwendung auf befestigten Flächen verboten, nicht aber für gärtnerische Nutzung. Damit sei die Anwendung der frei verkäuflichen Pestizide kaum kontrollierbar.

Dringend notwendig sei die Ausweisung neuer Grundwasserschutzgebiete und die Anpassung der Schutzbestimmungen für bestehende, deren Einhaltung müsse durch zusätzliche Stellen auch kontrolliert werden. Die Forschung und Beratung müsse vorrangig an den Auswirkungen auf Mensch und Umwelt ausgerichtet werden und nicht allein an ökonomischer Effizienz. Unbedingt zu erhalten und auszubauen das

Toxikologische Institut an der Universität Kiel als von Drittmitteln der Industrie unabhängiges Institut.

„Wir können uns nicht vorstellen, dass eine Partei, die für eine ökologische Politik eintreten will, einem Koalitionsvertrag ohne klare Regelungen zur Verringerung des Pestizid-Einsatzes zustimmen kann“, so Neumann abschließend.

Weitere Infos unter:

<http://www.naturfreunde-sh.de/index.php/aktuelles>

Kontakt für Medien:

Dr. Ina Walenda

mobil 176-20508116

ina.walenda@naturfreunde-sh.de